



14.04.2022

An

Sehr geehrte Frau/Herr Landtagskandidat*innen,

wir, die Grannies for Future Köln, wenden uns an Sie als eventuell zukünftiger Volksvertreterin. Wir haben große Sorge wegen einer absehbar unzureichenden Umsetzung der Pariser Klimaziele und des europäischen New Green Deal. Zudem verpflichtet der Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes zur Generationengerechtigkeit die zukünftigen Volksvertreter zu konsequenterem Handeln. Angesichts der fortschreitenden Klimakrise hat die neue Bundesregierung die nationalen Ziele nochmals erhöht, der Ukrainekrieg zeigt überdies, wie fatal die deutsche Abhängigkeit von Energieimporten aus zweifelhaften Produzentenländern ist.

Als Grannies for Future sehen wir uns als Teil der globalen Klimabewegung. Als Großeltern fühlen wir eine besondere Verantwortung für unsere Kinder und Enkel und die Sicherung ihrer Lebensgrundlagen, aber auch für eine globale Bevölkerung, die jetzt schon deutlich mehr unter den Klimawandelfolgen leidet, als wir es tun. Uns bedrücken die zunehmende und inzwischen auch bei uns deutlich erlebbare Klimakrise (z.B. das Ahr-Hochwasser, Waldsterben, trockene Böden, Ernteausfälle), die drohenden globalen Kippunkte, die zu unumkehrbaren Veränderungen führen, sowie die mit unserem Wirtschaften verbundenen sozialen Ungerechtigkeiten. Wir stimmen ausdrücklich der Begründung des BVerfG in ihrem Beschluss zum KSG zu: „*Danach darf nicht einer Generation zugestanden werden, unter vergleichsweise milder Reduktionslast große Teile des CO₂-Budgets zu verbrauchen, wenn damit zugleich den nachfolgenden Generationen eine radikale Reduktionslast überlassen und deren Leben umfassenden Freiheitseinbußen ausgesetzt würde.*“ Neben dieser Klimapolitischen Perspektive wird durch den unsäglichen Ukrainekrieg deutlich, von welchen Energieimporten wir uns geostrategisch abhängig gemacht haben. Diese Abhängigkeiten sind durch einen drastischen Ausbau der Erneuerbaren Energien und durch ressourcenschonende Wirtschafts- und Verhaltensformen schnell massiv zu verringern. Alle bisherigen Landesregierungen haben diese schon seit langem bekannten Notwendigkeiten zwar mit schönen Worten und höheren Zielen eingeräumt, bei der praktischen Umsetzung auf Landesebene gab es jedoch häufig ein „weiter so“ ohne wirkliches und nachhaltiges Umsteuern.

Aufgrund unserer oben angesprochenen Sorge sehen wir wie viele andere Menschen aller Generationen die kommende Landtagswahl als „Klimawahl“. In der nächsten Legislaturperiode müssen wichtige Weichen in Richtung einer schnellen und konsequenten sozial-ökologischen Transformation und nationalen Unabhängigkeit von Energieimporten gestellt werden. Wir sehen die Landesregierung NRW gegenwärtig noch nicht auf dem Weg zur Einhaltung des Pariser 1,5 Grad Pfades. Die angekündigten Klimaziele haben sich zwar in den letzten Jahren erhöht, aber die bisher zur Umsetzung eingeleiteten Schritte bleiben noch deutlich hinter den schon zu niedrigen Zielen zurück. Wir als besorgte Bürger erwarten von der zukünftigen Regierung den notwendigen Willen zum konsequenten Einschwenken auf den 1,5 Grad Pfad mit geeigneten konkreten Maßnahmen in allen Bereichen.

Die Erfahrung zeigt, dass die Parteiprogramme unterschiedlich aussagefähig und differenziert sind. Sie sind häufig auch nicht unbedingt deckungsgleich mit dem tatsächlichen Verhalten

der gewählten Volksvertreter und der Regierungen in den Gesetzgebungsprozessen. Um uns und anderen eine bessere Entscheidungsgrundlage für die Landtags-Klima-Wahl im Mai zu schaffen, bitten wir Sie daher, die anhängenden Fragen aus Ihrer persönlichen Sicht und Überzeugung sowie auf der Grundlage Ihres Parteiprogramms zu beantworten. Bei den Fragen handelt es sich um eine sehr begrenzte Auswahl, die wir beispielhaft für Ihre Grundhaltung zur Bewältigung der Klimakrise verstehen.

Wir stellen den Kandidat*innen aus der Region die gleichen Fragen und beabsichtigen, die Antworten vor der Wahl in anschaulicher und übersichtlicher Form zu veröffentlichen (z.B. Homepage, örtliche Presse). Wir würden uns freuen, wenn aus dieser ersten Interaktion ein eventuell längerfristiger Austausch zwischen Ihnen als Abgeordnete*r und Politiker*in und uns als Bürger*innen und Wähler*innen zu klimapolitischen Fragen entstehen würde.

Herzlichen Dank für Ihre Bemühungen.

Beste Grüße

Uli Seeck

Anlage

Fragen Grannies for Future Köln an Landtagswahlkandidaten

